

Positionenmatrix Chancengleiche Bewerbung

Bewahrungspartei	Gerechtigkeitspartei	Partei für Engagement und Verantwortung
Leitgedanke		
Diskriminierung ist ein Problem, das über Vorschriften nicht gelöst werden kann. Keine unnötigen Hürden für Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber; nicht Ungleiches gleichmachen. Verantwortliche müssen verantwortlich bleiben.	Diskriminierung kann durch den Vorschlag zumindest reduziert werden. Quoten könnten hinzukommen, um Diskriminierung tatsächlich zu verhindern.	Diskriminierung kann durch anonyme Bewerbungen reduziert werden.
Innenausschuss Folgen für den Staat als Arbeitgeber		
Der Gesetzentwurf würde den Bundesbehörden Neueinstellungen massiv verkomplizieren und zu zusätzlichem Aufwand führen.	Der Staat ist in seinen Behörden für den Schutz vor Diskriminierung verantwortlich. Zentrale Faktoren sind mit Foto, Alter und Nationalität erfasst.	Nur die vorgeschlagene komplette Anonymisierung erreicht das Ziel. Eine verbesserte Repräsentation der diversen Bevölkerungsgruppen ist wichtig für eine gelebte Demokratie.
Arbeitsausschuss Folgen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer		
Integration ist eine Bringschuld der Zuwandernden, nicht eine Pflicht des deutschen Staates. (Aber: staatliche Angebote sind selbstverständlich und sinnvoll.) Hervorhebung der deutschen Sprache bedeutet keine Unterdrückung anderer Sprachen, Kompetenzen und Identitäten.	Die Verankerung der deutschen Sprache soll ein Angebot zur Kommunikation an Zuwandernde sein und Offenheit signalisieren. Der Staat muss bei der Klärung der Rechte und Pflichten des Staates und der Menschen aktiv werden.	Kulturelle Vielfalt muss als Verfassungsauftrag betont werden. Die sprachlichen Kompetenzen von Einwanderern müssen anerkannt werden. Die Pflicht zum Spracherwerb muss auch für „erwünschte“ Einwanderung gelten.
Gleichstellungsausschuss Beitrag zur Gleichstellung von Frauen, Älteren und Menschen mit Migrationshintergrund		
Gesellschaftspolitische Ziele erreicht man nicht mit Verboten, sondern allein dadurch, dass man Akzeptanz schafft. Auf keinen Fall denkbar ist eine Quotenregelung.	Der Frauenverband der GP fordert Quoten, um sicher zu stellen, dass zum Beispiel Frauen und Migrantinnen und Migranten tatsächlich eingestellt werden. Die übrige Partei ist aber skeptisch.	Das vorgeschlagene Verfahren bietet für alle relevanten Gruppen Schutz. Um niemanden zu bevormunden und die Akzeptanz zu sichern, ist die PEV gegen Quoten.

Positionenmatrix Wahlalter

Bewahrungspartei	Gerechtigkeitspartei	Partei für Engagement und Verantwortung
Leitgedanke		
Die Familie ist die Keimzelle der Gesellschaft. Ein Familienwahlrecht bedeutet eine Stärkung der Eltern und familienfreundlichere Politik. Wahlkompetenz und politisches Interesse ist bei Jugendlichen noch nicht gegeben.	Positiv eingestellt gegenüber dem Wahlrecht ab 16. Jugendliche müssen in der Politik berücksichtigt werden, da gerade sie langfristig mit den Konsequenzen der Entscheidungen leben müssen.	Festgefahrene Strukturen müssen überwunden werden und die Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger gestärkt werden. Das Mindestalter für das aktive Wahlrecht soll gesenkt werden. Gewünscht wäre auch ein Wahlrecht von Geburt an.
Verfassungsausschuss		
Gesetzesentwurf mit GG vereinbar? Widersprüche von Volljährigkeit und Wahlrecht ab 16? Konsequenzen?		
Demokratische Teilhabe verlangt auch Verantwortung für Entscheidungen. Volle Rechte und Pflichten (auch in anderen Bereichen) bei Volljährigkeit. Eltern sollten durch das Familienwahlrecht Verantwortung übernehmen.	Der Gesetzesentwurf ist sehr gut mit dem GG vereinbar. Volljährigkeit ist keine Voraussetzung für das Wahlrecht. Wenn sich ein großer Teil der Bevölkerung im bestehenden politischen System nicht vertreten fühlt, stellt dies eine Gefährdung der Demokratie und der Stabilität dar.	Ein Wahlrecht ab 16 bringt zusätzliche demokratische Legitimation und führt dazu, dass die Politik ihre Themen näher an der gesellschaftlichen Realität setzen wird. Wahlrecht ist ein grundlegendes Bürgerrecht und sollte von Geburt an bestehen.
Jugendausschuss		
Förderung politischen Engagements Jugendlicher durch Wahlrecht ab 16? Begleitende Maßnahmen notwendig?		
Eine klare Stärkung der Familien und Kinder ist nötig, weil diese aktuell in der Politik und Gesellschaft vielfach benachteiligt werden. Jugendliche können noch nicht selbst entscheiden, welche Partei für sie am besten ist.	Ein Wahlrecht ab 16 bedeutet mehr Anerkennung für Jugendliche und stärkt deren Position in der Politik.	Kinder müssen an Politik herangeführt werden und zur Selbstständigkeit und Verantwortung motiviert werden.

Positionenmatrix Sahelien

Bewahrungspartei	Gerechtigkeitspartei	Partei für Engagement und Verantwortung
Leitgedanke		
Bundeswehr = Instrument wertegeleiteter Politik; Einsätze auch aus Solidarität mit EU-Partnern.	Konflikte verhindern, Frieden schaffen. Solidarität mit französischer Regierung.	Förderung von Menschenrechten und globaler Entwicklung sind Kernaufgabe → Militäreinsätze sind ein mögliches Mittel
Auswärtiger Ausschuss EUMISA sinnvoll und angemessen?		
Einsatz vor Ort ist notwendig, auch in Hinblick auf Flüchtlingsströme; Verlässlichkeit der EU wahren.	EUMISA allein reicht keinesfalls aus; diplomatische Begleitung ist erforderlich; Furcht vor Postkolonialismus und Einseitigkeit.	EUMISA ist ermutigendes Zeichen für verantwortliche europäische Politik. EU hat Verantwortung für friedliche und demokratische Entwicklung Afrikas
Verteidigungsausschuss EUMISA verantwortbar?		
Bekämpfung von Terrorismus muss unterstützt werden. Entlastung Frankreichs ist wichtig. Landesweiter Einsatz nötig.	Verhindern, dass nicht weit von Europa entfernt unregierbare Regionen entstehen, von denen aus Terrornetzwerke operieren können.	Sahelische Regierung in ihrem Bemühen um die Herstellung von Sicherheit zu unterstützen ist essentiell für weitere Entwicklung
EU-Ausschuss Unterstützung für europäische Partner? Stärkt EUMISA die EU?		
Positionierung Deutschlands als verlässlicher Partner. EU ist nur glaubwürdig, wenn alle Mitglieder sich einbringen. Einsatz in Sahelien wichtig in Hinblick auf Terror-Bekämpfung und Flüchtlingskrise.	EU kann sinnvoll auf globaler Ebene Einfluss nehmen und Verantwortung übernehmen, Unterstützung Deutschlands ist wichtig.	Entwicklung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik begrüßenswert, EUMISA als gutes Beispiel. Europa sollte als Friedensmacht agieren, Einsatz militärischer Gewalt nur als äußerstes Mittel.
Entwicklungsausschuss EUMISA nachhaltig?		
EUMISA schafft Voraussetzungen für parallele und nachfolgende Bemühungen. Auch Investitionen in Bildung und ökonomische Entwicklung sind wichtig.	Bildungs- und Gesundheitswesen massiv unterstützen; Korruptionsbekämpfung.	Verlangt Aktionsplan von der Bundesregierung; zentral: Staatsversagen aufarbeiten und funktionierende Verwaltungsstrukturen schaffen.

Positionenmatrix Kaffeebecher

Bewahrungspartei	Gerechtigkeitspartei	Partei für Engagement und Verantwortung
Leitgedanke		
Contra. Ein Pfand schadet Unternehmen und Verbraucher/innen. Es öffnet die Tür für weitere kleinteilige Maßnahmen.	Die Maßnahme ist sinnvoll, um die Umwelt zu schützen.	Die Maßnahme ist ein wichtiger Beitrag, um die Umwelt zu entlasten. Eine Gebühr wäre jedoch noch effektiver.
Umweltausschuss		
Kann die Umweltverschmutzung verringert werden?		
Umweltschutz ist wichtig, darf aber nicht zu Lasten der Wirtschaft gehen. Es gibt schlimmere Ursachen für Umweltverschmutzung.	Ein Pfandsystem erhöht den Anreiz, die Becher zurückzubringen. Diese werden dann auf einem gesicherten Weg dem Recycling zugeführt.	Ein Pfand sichert das Recycling. Noch nützlicher wäre es, wenn Einwegbecher weniger gekauft würden. Dafür könnte eine Gebühr sorgen, die den Kauf von Kaffee zum Mitnehmen wirklich teurer macht.
Wirtschaftsausschuss		
Folgen eines Verbots der kostenfreien Abgabe für die Wirtschaft?		
Ein Pfand erhöht den gefühlten Preis für Kaffee und schadet daher den Unternehmen. Umweltschutz funktioniert nur in Zusammenarbeit mit den Unternehmen. Wenn eine Maßnahme, dann eine freiwillige Selbstverpflichtung.	Ein Pfandsystem bedeutet, dass die Kosten für Kaffee nicht steigen. Dies ist fair für die Konsument/innen, weil sie nicht mehr Geld ausgeben müssen. Ebenso ist dies gut für die Wirtschaft, weil ihr keine Gewinneinbußen drohen.	Der Konsum von Kaffee wird weder durch ein Pfandsystem noch durch eine Abgabe auf Kaffeebecher zurückgehen. Es gibt ausreichend Alternativen, die den Verzicht auf Einwegbecher leicht möglich machen.
Ausschuss für Verbraucherschutz		
Folgen eines Verbots der kostenfreien Abgabe für die Verbraucher/innen?		
Die Maßnahme bedeutet für die Verbraucher/innen einen hohen Aufwand des Sammelns und Transportierens. Es wird schwierig sein, ungleiche Becher an allen Verkaufsstellen zurückzugeben.	Ein Pfandsystem bedeutet, dass die Kosten für Kaffee nicht steigen. Dies ist fair für die Konsument/innen, weil sie nicht mehr Geld ausgeben müssen.	Ein Pfandsystem ist für die Verbraucher/innen leistbar, dies haben das Dosen- und Flaschenpfand erwiesen. Ein Gebührensystem wäre für die Verbraucher/innen etwas teurer, würde aber klare Verhältnisse schaffen.